

Einsicht gekommen, dass eine Akteneinsichtsverweigerung einer verwaltungsrechtlichen Klage nicht standhalten würde. So arbeitsaufwändig der Kampf um die Personalakte eines furchtbaren Juristen war, ist auf diese Weise doch trotz oder gerade wegen des hartnäckigen Widerstandes des BMJ eine gewisse Klärung über den Zugang zu Personalakten erreicht worden: Bei bedeutenden, in den Bereich der Zeitgeschichte hineinragenden Amtsträgern wird Wissenschaftlern die Akteneinsicht künftig kaum noch verweigert werden können.

Das juristisch mehrfach abgesicherte Ergebnis konnte auch nicht anders ausfallen: Wer im Namen des Volkes Recht spricht, gar „im Namen des Deutschen Volkes“ Unrecht gesprochen oder sonst an dem nationalsozialistischen Unrechtssystem mitgewirkt hat, hat keinen Anspruch darauf, dass sein Name und seine dienstlichen Daten und Handlungen dem Volke vorenthalten werden.

Peter Derleder

Ein Tag im Leben des Aktionariats.

Befindlichkeiten und Wahrnehmungshorizonte im Zuge der Wirtschaftskrise

Schon früh an diesem Tag Ende Mai ist vor der Frankfurter Messehalle viel Betrieb. Die Organisation einer Hauptversammlung der Deutschen Bank mit bis zu 5.000 Besuchern folgt einem ausgeklügelten, erfahrungsgesättigten Programm mit Sicherheitsdienst, Catering-Unternehmen und allerlei Publikumservice. Auch die Nichtregierungsorganisationen sind früh dabei, ihre Stände aufzubauen, um die Aktionäre noch rechtzeitig auf all das aufmerksam zu machen, was Klimawandel, Hunger und Massenarmut auf dem Globus erfordern würden. Die angebotenen Flyer dazu finden bei den ankommenden Aktionären nicht gerade reißenden Absatz. Ein unbefangener Beobachter könnte dennoch den Eindruck haben, heute im Zentrum der wirtschaftlichen Macht zu stehen, wo die Weichen für oder gegen eine ökologische oder soziale Wende gestellt werden. Auch die Führungsfiguren der Deutschen Bank, die sich unter den fünf renommiertesten Bankinstituten der Welt sieht, sind rechtzeitig da und weilen schon bei ihren Sitzen auf der Bühne des großen Saals, hinter der sich die finanztechnische Intelligenz des Back Office mit allen Computern eingerichtet hat. Kurz vor Beginn der Sitzung um 10 Uhr bilden sich lange Schlangen vor den Sicherheitsschleusen, die auch dem frustriertesten Akteur den Zugang mit dinglichen Aggressionsinstrumenten verwehren.

Das Publikum weist jedoch ein auffälliges Durchschnittsalter auf. Es dominieren die Siebziger. Viele Paare sind darunter. Sie sind meist auch wenig feierlich gekleidet. Es könnte eine Kaffeefahrt sein. Alle Schichten scheinen vertreten. Man fragt sich unwillkürlich, ob der Einsatz von ein paar Euro für eine einzige Aktie, die zur Teilnahme ausreicht, nicht auch für den Hartz IV-Bezieher lohnend ist, der jeweils unentgeltlich mittags speisen und nachmittags Kaffee und Kuchen zu sich nehmen kann. Für die Speisung der fünftausend gibt es zwar nur Frankfurter Würstchen mit Kartoffelsalat oder wahlweise Tortellini sowie Kaffee, Tee und kleine Eierkuchenstückchen. Es ist auch nach früheren unangenehmen Auftritten dafür Sorge getragen, dass niemand kanisterweise Nahrung abschleppt. Wer un-

auffällig agiert, kann aber schon zweimal an verschiedenen Stellen der großen Kantine zugreifen.

Der Sicherheitsdienst ist wie immer unaufdringlich. Albanische Muskelhelden werden hier nicht gebraucht. Wehe allerdings, wenn ein vorwitziger Aktionär an ein falsches Rednerpult herantritt oder ein nicht vorgesehener das Wort ergreifen will, dann treten alsbald entschlossene Anzugträger auf ihn zu. Ein Fachmann ist auch für das situationsgerechte Abschalten des Mikrofons im Einsatz, wird aber nur einmal im Laufe des Tages benötigt. Es gibt auch Wasserträgerinnen, die jedem Redner geduckt, um nicht ins Fernsbild zu geraten, ein Glas Mineralwasser aufs Rednerpult stellen, was zum Ende der Veranstaltung bei dreiminütigem Rednerwechsel geradezu Akkordarbeit wird. Acht bis zehn Millionen Euro wird die gesamte Tagesveranstaltung schon kosten.

Neben der Fraktion der Pensionäre fallen die Jüngeren kaum auf. Meist sind sie als Rechtsanwältinnen und Betriebswirte zu identifizieren, die teilweise Aktionärsvereinigungen vertreten oder sich auf Anfechtungsklagen vorbereiten. Aber auch kritische Aktionäre, meist an wilder Haartracht (Rastalocken gibt es nicht) erkennbar, und einige Exoten kann man, wenn man sich Mühe gibt, in den dichten Reihen entdecken. In den Vorberichten war schon davon die Rede gewesen, dass der ehemalige Medienzar Leo Kirch seinen Feldzug gegen die Deutsche Bank fortführen will, der sich durch ein beispielloses Interview eines früheren Vorstandsvorsitzenden der Bank um seine Kreditwürdigkeit und sein Imperium gebracht fühlt. Ein rechtskräftiges Feststellungsurteil hat ihm recht gegeben. Andererseits ist damit zu rechnen, dass der Verhandlungsleiter die Vertreter Kirchs nur spät und mit äußerst begrenzter Redezeit zum Zug kommen lassen will.

Noch sind nicht alle im Saal, da ergreift der Aufsichtsratsvorsitzende Clemens Börsig als Verhandlungsleiter das Wort. Herr Börsig ist von Gnaden des Vorstandsvorsitzenden Ackermann Aufsichtsratsvorsitzender geworden, hat sich aber unvorsichtigerweise aus der Deckung gewagt, um nach Ablauf der Amtszeit Ackermanns 2010 selbst den Vorstandsvorsitz zu übernehmen. Da hat er sich restlos verkalkuliert, weil inzwischen Herr Ackermann selbst auf vielfach vortragenen Wunsch (auch wenn man nicht weiß, von wem) seine Amtszeit bis 2013 hat verlängern lassen. Seither gilt Herr Börsig in der Öffentlichkeit als abschussverdächtig. Angeblich hat der Pressesprecher der Bank schon von seinem Rücktritt gesprochen, was am Ende der Sitzung dann doch noch dementiert wird, nachdem Börsig und Ackermann zu Beginn schon jeweils ihre Freude über die zukünftige Zusammenarbeit miteinander bekundet haben.

An diesem Tag der demokratischen Selbstdarstellung der Bank herrscht jedenfalls äußere Harmonie zwischen den beiden Protagonisten. Börsig, ein trockener und charmerfreier Banker, ist zu Beginn seiner Verhandlungsleitung recht unsicher. Ihm muss offenbar vom Back Office auch für die Verfahrensfragen alles vorgeschrieben werden, so dass er fast während des ganzen Tages die immer länger wirkende Nase über die vorgelegten Texte neigen muss. Nur die Appelle zur Einhaltung der jeweiligen Zeitbegrenzung (aus Fairness gegenüber den anderen, wie er sagt) schafft er in freier Rede. Das alles sieht man an der großen Leinwand oben hinter der Bühne in vielfacher Portraitvergrößerung, jedoch jeweils vor einer fiktionalen (Wasser-)Landschaft mit Brückenbögen, wo als einer der Träger das Logo der Deutschen Bank erscheint. Börsig und Ackermann sitzen – an sich in der Weite des Saals kaum individualisierbar – nebeneinander, umrahmt von den an diesem Tag zu schweigenden Ölgötzen degradierten Mitgliedern von Vorstand und Aufsichtsrat. (Dazu war früher auch der Großjurist und Exverfassungsrichter Paul Kirchhof verdammt, den bis zur Übernahme eines Vor-

standsamts noch niemand so lange hatte öffentlich schweigen sehen. Er ist aber längst zurückgetreten).

Stundenlang sieht man nun im lichtgrün und tiefblau umrahmten großen Fernsahbild den Vorstandsvorsitzenden Dr. Ackermann, einen Schweizer, mit seinen angenehmen, eher weichen Gesichtszügen eines gebildeten Menschen, nur mit einzelnen grauen Strähnen im dunklen Haar. Der Schwyzerdütsch-Akzent ist minimal. Es ist aus vielen Interviews bekannt, dass er kulturelle Ambitionen hat, sogar Klavier spielt. Er schließt bei seinen Interviews aber auch die Bild-Zeitung nicht aus, da er als erster Großbanker auch deren 12 Millionen Lesern die Wirtschaft erklären will, und verzichtet dann auf die Bildungselemente seiner Kommunikation. Seine Aussprache der gängigen amerikanischen Finanzkunstworte vom Typ des credit default swap mündet in eine Mischung verschmolzener und verschluckter Silben, die höchste Professionalität signalisieren. Er steht aber wie keiner seiner Vorgänger mit seinen markanten Sprüchen im Zentrum deutschlandweiter Diskussion, erst recht seit dem Beginn der großen Krise des Finanzkapitalmarkts. Er hat schon vor Jahren mit der gleichzeitigen Bekanntgabe massiver Entlassungen und erheblich verbesserter Renditen die Öffentlichkeit provoziert. Er ist (mit Victory-Zeichen) wegen Untreue vor Gericht gestanden aufgrund unhaltbarer Bewilligung exzessiver Vergütungen beim Ausverkauf von Mannesmann, wo ihm erstinstanzlich unvermeidbarer Verbotsirrtum zugute gehalten wurde. Man findet seinen Namen dementsprechend bei Wikipedia auch in Verbindung mit dem Begriff Untreue. Gegenwärtig steht sein erklärtes Eigenkapitalrenditeziel von 25 % bei einer auf 5 % geschätzten allgemeinen Wirtschaftsrezession als Menetekel an der Wand. Im Übrigen hat er an dem Rettungsschirm der Bundesrepublik für insolvenzreife Banken mitgewirkt, ja teilweise die Feder geführt, um dann anschließend in einer Art sozialpsychologischen Fettnapftritt zu erklären, er würde sich schämen, staatliche Gelder in Anspruch zu nehmen. Dabei hat er offenbar übersehen, dass die bedrohten Banken zur Nutzung des Rettungsschirms ermuntert werden sollten.

Am heutigen Tag ist jedenfalls ganz unverständlich, warum er so viele Gegner hat, wo er sich doch derart fein für die Fehler der Banken in der Vergangenheit, auch der Deutschen Bank, entschuldigt, mit Vorstand und Aufsichtsrat auf Boni verzichtet hat, für den Klimawandel und die Integration von mehr Frauen in Führungsgremien eintritt und sich so lieb bei den Mitarbeitern der Bank für ihre große Leistung bedankt. Immerhin kann er in seiner langen Eröffnungsrede, die die Pensionistenschar, jetzt vollständig versammelt, immer wieder mit freundlichem Beifall quittiert, darauf berufen, dass die Bank früher als die Konkurrenz die Risiken gemindert habe. Daran ist auf jeden Fall richtig, dass er im letzten Augenblick Milliardenrisiken einer staatlich gesteuerten, ahnungslosen Bank angedreht hat, der IKB. Ob dies auf arglistiger Täuschung beruht hat, müsste die Auswertung des Email-Verkehrs zwischen diesen Banken erweisen, die aber im Augenblick niemand betreibt. Außerdem stehe die Deutsche Bank immer noch besser da als ihre Mitbewerber. Damit ist allerdings noch nicht geklärt, welche Risiken in den Bilanzpositionen nach all den großen Wertberichtigungen noch stecken. Darüber müsste in der Hauptversammlung eigentlich gesprochen werden, jedenfalls auf Seiten der kritischen Bilanzleser.

Der Vorstandsvorsitzende hat aus dem vierten Quartal des Vorjahrs einen Verlust von 4,8 Milliarden Euro nach Steuern zu erklären, wie er in der Geschichte der Deutschen Bank noch nie aufgetreten ist. Glücklicherweise kann er für das erste Quartal 2009 einen Gewinn von 1,2 Milliarden vorweisen, rechtzeitig für die Hauptversammlung. Er führt diesen Gewinn auf das Investmentgeschäft zurück. Das wirkt zwar nach dem Untergang der großen US-amerikanischen In-

vestmentbanken etwas überraschend, ist aber nicht verwunderlich, da das Investmentgeschäft bei weitem der größte Geschäftsbereich der Deutschen Bank ist und nach dem Debakel der US-Banken hier Marktanteile zu holen sind. Man kann den Bilanzgewinn allerdings auch ganz anders deuten. So hat etwa eine überregionale Zeitung im Vorfeld darauf hingewiesen, der Gewinn beruhe darauf, dass man schlicht aus dem Anlagensbuch erhebliche Positionen in das Kreditbuch übertragen habe, wo statt des Marktwertes Buchwerte angesetzt werden dürfen, einfach ein Bilanzierungstrick, um aus dem Trübsalblasen herauszukommen. Auch der Aktienkurs hat seinen Tiefstpunkt überwunden. Trotzdem bezeichnet der Vorstandsvorsitzende die Krise als sehr tiefgehend und prognostiziert deswegen für die nächsten Quartale weder zahlen- noch größenordnungsmäßig Erträge und Gewinne.

Die Krise führt er darauf zurück, dass man allgemein in der Finanzwelt neue und übergroße Risiken erkannt habe und deswegen aufgrund einer realistischeren Werteinschätzung Korrekturen erforderlich gewesen seien, wie bei einem Bild, dem zunächst ein zu hoher Wert beigelegt worden sei. Darauf wird später ein einfach formulierender Aktionär erwidern, dass es sich bei den immer komplexeren Finanzprodukten und Risikopapieren offenbar nicht um echte Bilder, sondern um Fälschungen gehandelt habe, bei denen die Banken selbst nicht gewusst hätten, wie viel Risiken sie schon im Portfolio gehabt hätten. In jedem Fall verspricht Ackermann eine solidere Refinanzierung und Finanzproduktwahl für die Zukunft. Er setzt auch wieder mehr auf das gute alte Privatkundengeschäft. Auch die Bonigewährung will er, nachdem er das in einem internationalen Ausschuss beraten hat, auf nachhaltige Leistung ausrichten, damit nicht wie bisher auch bei Megaverlusten noch Riesensummen für vorausgegangene kurzfristige Erfolge bezahlt werden müssen. Die Botschaft der ersten Stunde lautet: Es ist Schlimmes geschehen, und weiteres Unheil kann nicht ausgeschlossen werden. Es gibt auch Schuldige, aber noch am wenigsten unter uns. Oder in der Sprache aus der Jugendphase der pensionierten Aktionäre: Uns geht's ja noch Gold.

Die über den Teleprompter gehaltene Rede bestätigt auch Ackermanns weitere Amtsperiode. Es gibt aufmunternden Applaus dafür. Missfallenskundgebungen unterbleiben auch von Seiten derjenigen Redner, die später Fehler und Kompetenzmängel rügen. Von den sonstigen Organpersonen verspricht man sich offenbar nichts. Wäre die ganze versammelte Schar gegen Ackermann, würde das auch nichts helfen, da die Hauptversammlung aktienrechtlich ohnehin nicht für die Bestimmung des Vorstands zuständig ist. Nur Aufsichtsratsmitglieder werden von der Hauptversammlung gewählt (außer den Arbeitnehmervertretern). Zudem hätten die Versammelten auch insoweit nicht annähernd ein für einen Mehrheitsbeschluss ausreichendes Stimmgewicht, da die Bank die ihr erteilten Stimmrechtsvollmachten wahrnehmen würde. In der Praxis überlassen die Kleinanleger (insgesamt gab es 2008 über 580.000 Aktionäre) in überwältigender Mehrheit der Bank die Entscheidung. Ein demokratisches Chaos kann also nicht entstehen. Am Ende verspricht Ackermann eine noch mehr von Risikokontrolle gekennzeichnete Geschäftsführung, im Interesse der Eigentümer, aber auch „für Deutschland“. Immerhin sind noch ca. 55 % der Aktien in deutscher Hand. Das klingt wie Businesspatriotismus. Die Presse schreibt das auf. Die meisten Pressevertreter verschwinden nach der Rede Ackermanns schnell. Für Deutschland? Dass das Kapital nicht patriotisch ist, weiß im Saal letztlich jeder. Der Aktionär verdient auch gern in Schwellenländern. Aber es klingt so grüezi-nett, wenn ein Schweizer was für Deutschland tun will.

Bevor über die Rede diskutiert wird, tritt ein von solchen Auftritten bekannter Rechtsanwalt in eierschalenfarbenem Anzug ans Mikrofon, frisch eingeflogen

aus Ibiza. Er pflegt Fehler von Beschlüssen in der Hauptversammlung mit Anfechtungsklagen geltend zu machen, oft mit Erfolg und offenbar daraus fließenden Lästigkeits-Revenuen. Er stellt den Antrag, den Verhandlungsleiter Börsig abzuwählen, und begründet dies damit, dass schon der vorjährige Beschluss zur Bestellung Börsigs als Aufsichtsratsvorsitzender nach einem Landgerichtsurteil nichtig sei. Nach kurzer Geschäftsordnungsdebatte, wo auch Börsigs Fähigkeiten zur Sprache kommen, wird die Vermutung laut, dass Leo Kirch diesen iberischen Antragsteller geschickt hat, was dann aber wiederum dementiert wird. Die notwendige Abstimmung wird durchgeführt, während die Aussprache beginnt, und bringt die vorauszusehende überwältigende Mehrheit aufgrund des Depotstimmrechts der Bank.

Die Debatte beginnt wie immer mit dem Aufruf der Vertreter von „Schutzvereinigungen“ für Wertpapierbesitzer. Die Reihenfolge der Meldungen bestimmt der Verhandlungsleiter nach seiner Willkür. Auch ein behinderter Rentner, der sich schon kurz nach acht Uhr für seinen Redebeitrag gemeldet hat und sich deswegen am späten Nachmittag über seine Hintansetzung beschwert, hat keine Chance auf bevorzugte Behandlung. Die Schutzvereinigungen sind der Bank jedoch lieb und manche Zuwendung wert. Für sie agieren Rechtsanwälte, die aus den Kontakten innerhalb ihrer Vereinigungen auch Prozessmandate zu gewinnen gewohnt sind. Es handelt sich überwiegend um Pseudokritiker, die natürlich etwaige schlechte Ertragsverhältnisse beklagen und wenigstens den Geschäftsbericht gelesen haben, herummäkeln, dass dieser so schwer verständlich sei, und weitere Erläuterungen fordern. Einer von ihnen verfügt über eine so hohle Rhetorik, dass er auf anderer Bühne sofort als Kabarettist anfangen könnte. Die Schutzvereinigungen haben noch unbegrenzte Redezeit, die aber im Wesentlichen nur zum Ausspreizen von Allgemeinheiten genutzt wird. Konkrete kritische Fragen bringen ihre Vertreter kaum jemals zustande. Es gibt auch Vereinigungen kritischer Aktionäre, die aber sehr viel später aufgerufen werden. Darauf ist zurückzukommen.

Vorerst geht es mit Individualbeiträgen weiter, die für Antwortrunden zusammengefasst werden. Börsig will auf jeden Fall jetzt Frauen zu Wort kommen lassen. Dazwischen tauchen auch Polemiker auf, die über die Gegensätze zwischen den Matadoren der Gesellschaft spekulieren. Einer bietet eine Wette an, dass Börsig und Ackermann bald abgelöst werden. Einer verlangt eine zweitägige Hauptversammlung. Einer hat tatsächlich ein Gedicht von Rainer Maria Rilke auswendig gelernt und trägt es, allerdings ohne Rezitationsbegabung, tapfer vor, was trotz fehlenden Sachbezugs auch vom Vorstand anerkannt wird. Je absurder ein Wortbeitrag ist, desto höflicher wirkt der Dank des Verhandlungsleiters. Er bedankt sich auch, wenn er geschmäht worden ist, wobei die Grobheiten aber aktionärgerechte Form wahren. Die Beleidigungsgrenze wird praktisch nicht überschritten. Immerhin wird mehr geschimpft, als die Beifallsbekundungen haben erwarten lassen. Aber es wird natürlich auch immer wieder gelobt, selbst wenn der dafür notwendige Sachverstand zu wünschen übrig lässt. Der Sache nach wird eine weitergehende Frauenrepräsentanz in Vorstand und Aufsichtsrat gefordert, von einer promovierten wissenschaftlichen Assistentin, die sich dafür offenbar schon bereit hält. Vor allem die Bonidiskussion wirkt hilflos. Mehrfach wird gefragt, was denn die Chefbanker ohne ihren Verzicht an Boni erhalten hätten, angesichts der Riesenverluste des Vorjahrs. Selbst Ackermann hat 2008 nur 1,4 Millionen Euro verdient, nach 14 Millionen im Vorjahr, und sogar die Mitglieder des mächtigen Group Executive Committee haben entsprechende Verzichteleistungen geleistet.

Nach dem ersten Dutzend Beiträgen gibt Ackermann auf der Basis der Zuarbeit des Back Office eine umfängliche Gesamterklärung ab, die wieder fast eine Stunde in Anspruch nimmt. Soweit konkrete Fragen gestellt worden sind, werden sie auch konkret beantwortet, falls nicht die Geschäftsbeziehungen zu einzelnen Partnern betroffen sind. Dieses Argument wird teilweise aber auch überstrapaziert. Ackermann macht eine Tour d'horizon, in der die Weltstellung der Bank und die moralische Haltung ihrer Führung proklamiert werden. Bisher ist es keinem Redner gelungen, die Kurzfristigkeit und Situationsbedingtheit der Verzichte auf den Begriff zu bringen oder gar das mit den Rieseneinkommen der Vorjahre vor allem für die Investmentbanker verbundene Fehlanreizsystem, das die Banken in immer weitergehende Risiken hineingetrieben hat. Ackermann muss also auch nicht darlegen, wie es mit den Boni weitergehen soll. Ihre durch den zeitweiligen Verzicht nicht berührte Höhe wird gar nicht problematisiert. Die Mittagsstunde ist vorbei. Die Halle weist schon große Lücken in den Sitzreihen auf. Es ist wohl mehr als die Hälfte, die nach dem Kantinebesuch nicht mehr zurückkehrt. Börsig teilt mit, dass 40, und später, dass 50 Wortmeldungen vorliegen. Die Redezeit wird deswegen auf fünf und dann auf drei Minuten verkürzt. Für manchen Disputanten ist das aber auch schon zu lang, wenn die Substanz nur für die Frage reicht, wie sich wohl Börsig und Ackermann künftig vertragen werden. Andere haben eine Fülle von Einzelfragen, die sie in schnell-sprecherischem Stakkato vorbringen. Hier kann keiner folgen. Das Back Office lässt dann das Band langsam laufen und bereitet die Antworten vor, deren Wiedergabe durch Ackermann (teilweise unter Wiederholung der Fragestellung) deutlich länger dauert. Die Vertreter Leo Kirchs, die immer wieder zwischen-durch drankommen, stellen hundert detailgenaue Fragen, zum Teil zu lang zurückliegenden Geschehnissen. Rechtsanwalt Enderle, Kirchs unerbittlichster Hauptakteur, wird so lang wie möglich nicht zugelassen, wahrscheinlich weil er zu viele Prozesse gewonnen hat. Die kritischen Aktionäre müssen ebenfalls schnell sprechen, obwohl dies mit ihren ökologischen und sozialen Überzeugungsversuchen eigentlich nicht vereinbar ist. Es geht ihnen um die Finanzierung von Vorhaben durch die Bank, die große Schäden für Menschen und Umwelt hinterlassen haben oder bei denen dies zu befürchten ist. Die Einfühlung in ihre Anliegen wird durch die Zeitbegrenzung torpediert. Überraschend stehen plötzlich Vertreter von Opfergruppen am Mikrofon, zusammen mit einer Übersetzerin. Einmal geht es um die Finanzierung von Uranbergbau in Indien, von dem aus sich radioaktive Stäube massiv ausgebreitet haben. Es wird gebeten, die Finanzierung der bedenklichen Projekte zu beenden. Ein anderer Indigener will Ackermann für einen erhofften Einsatz einen Kranz um den Hals hängen, was nach einem sicherheitsbezogenen Zucken der aufmerksamen Anzugträger auch gelingt. Es wird dabei gelächelt, wie bei einer Ankunft auf Hawaii. Irgendwann ist auch eine ausgewiesene SPD-Abgeordnete am Pult, die aus Talkshows bekannt ist. Sie weiß als Politikerin, dass sie sich auf ein einfaches Thema beschränken muss, spricht aber immer von „unserer Bank“, womit sie mehr Nachdenken auslöst als mit ihrem Thema.

In seine Antworten mischt Ackermann die persönliche Erklärung, dass durch die Kanonade von Fragen der Dialog verhindert werde. Er sei aus angelsächsischen Unternehmen einen gepflegten Diskussionsprozess gewohnt, was in Deutschland daran scheitere, dass jedes Wort auf die rechtliche Goldwaage gelegt werde. Auch dafür erhält er (allerdings schütterten) Beifall. Niemand rügt, dass die Redezeitbeschränkung die Hauptursache des Defizits und bei Inanspruchnahme des Abends kaum notwendig ist. Präzise Antworten werden vor allem den marginalen Fragen zuteil. Außerdem betont Ackermann, dass die Bank sich Leitli-

nien für die Kreditvergabe gegeben hat, die ökologische und soziale Standards einhalten. Eine Nachfrage zum indischen Uranbergbau ist nicht möglich.

Unbestritten bleibt auch, dass die Bank durch verzögerte oder unterbliebene Weitergabe ihrer Refinanzierungsvorteile nach Senkung der Leitzinsen sich bei ihren Kreditnehmern von ihren Verlusten erholt, auch wo sie (wie bei allen zinsvariablen Krediten) an sich zur Zinsreduzierung verpflichtet ist. Nie ist davon die Rede, dass den Verbrauchern die überkomplexen, für sie unverständlichen Finanzprodukte nicht mehr angeboten werden sollten.

Irgendwann ist dem Auditorium aber die ganze Finanz- und Wirtschaftskrise abhanden gekommen. Eigentlich hat nur Ackermann selbst sie ernsthaft angesprochen. Hat die Bank denn versucht, eine grundlegende Analyse der Krise zu leisten? Banken müssen schon Risiken eingehen, wenn sie wirtschaften wollen. Sie haben jedoch immer mehr Finanzprodukte mit unüberschaubaren aleatorischen Risiken geschaffen, die sie selbst nicht mehr überschaubar haben. Es wurde so viel verzoxt, dass die Realwirtschaft in Deutschland durch den Finanzmarkt in ihre schwerste Rezession seit Gründung der Bundesrepublik getrieben wurde. Nun sollen neue Verkehrsregeln für den Finanzsektor erstellt werden, also für die künftige Vermeidung untragbarer Risiken. Die USA sollen sich unter Obama darum bemühen. Die Deutsche Bank hat dafür offenbar keine Arbeitsgruppe eingerichtet. Herr Ackermann spricht nur von internationalen Komitees, in denen er eine führende Rolle spielt. Die Deutsche Bank will für neue Verkehrsregeln offenbar keinen eigenen Beitrag leisten.

Die tragenden Gründe der Wirtschaftskrise werden weitgehend nicht thematisiert. Einer hat immerhin die Frage gestellt, welcher Teil der Finanztransaktionen der Deutschen Bank überhaupt noch direkt der Realwirtschaft (mit dem Tausch von Waren und anderen als finanziellen Dienstleistungen) dient. Die Frage konnte nicht beantwortet werden. Wenn – wie in der öffentlichen Diskussion geschätzt – nur noch 2 % der westlichen Finanztransaktionen diesen Zweck haben, dann kann man sich die nächste globale Finanzkrise schon vorstellen. Herr Ackermann erwärmt sich ferner weiterhin, wenn auch etwas zurückhaltender, für die Hedgefonds, die andere (etwa der Chef der Finanzaufsicht Sanio) als die größte Gefahr für die Stabilität des Finanzsystems ansehen. Ein bisschen Aufsicht scheint Ackermann aber zwischen den Zeilen für sinnvoll zu halten. Man wüsste nur gern, in welcher Hinsicht und in welchem Umfang die Bank in Kontrakte mit Hedgefonds verstrickt ist.

Hie und da sollen bereits geschäftliche Korrekturen erfolgt sein. Hoffentlich umfassen diese auch die Zinswetten, die die Deutsche Bank Kommunen und kommunalen Firmen angeraten, empfohlen oder vermittelt hat. Nach den beträchtlichen Wettverlusten haben diese Schadenersatzklagen angestrengt, die teilweise erfolgreich waren. Das wird von Ackermann heruntergespielt. Vielleicht wird sich die Deutsche Bank mit dem Argument durchsetzen, so doof könnten die kommunalen Fachleute nicht gewesen sein, dass sie die Zinswette nicht verstanden hätten. In jedem Fall wäre es auch ohne Prozessniederlagen geboten, dass auch die Deutsche Bank das Spekulationsverbot für Gemeinden und gemeindliche Unternehmen in Zukunft beachtet. Haftungsfragen stecken aber auch sonst noch in vielen Geschäftsbereichen. Nachdem der Bundesgerichtshof die Aufklärung der Bankkunden über die von den Banken bei der Vermittlung von Geschäften bezogenen Rückvergütungen (die sog. Kick-backs) und ihre Höhe für geboten erklärt hat, müssen wohl erhebliche Rückstellungen gebildet werden, da die Deutsche Bank ebenso wie ihre Konkurrenten das durch die Rückvergütungen begründete massive Eigeninteresse bisher verdeckt hat.

Das eigentliche Dilemma der Bank ist jedoch, wie viel Wertberichtigungen noch in ihrem Portfolio stecken. Das gilt vor allem für die Derivate. Solche sind in der Bilanz für 2008 reichlich enthalten. Ihre Bewertung kann der Bilanz regelrecht eine Art Virtualität geben. Nach den US-Rechnungslegungsregeln, die die Bank notgedrungen einhält, sind drei Levels zu unterscheiden. Level 1 bedeutet, dass Marktpreise erzielt werden, Level 2, dass vergleichbare Produkte herangezogen werden, Level 3, dass ohne Transaktionsbezug, also ohne aktiven Markt, bei der Berechnung bankeigene Modelle benutzt werden. Die Deutsche Bank musste vor allem bei komplexen Derivaten in der Vergangenheit mehrfach auf Level 3 umbuchen. Im Verhältnis zum Eigenkapital betragen die Level 3-Ansätze erschreckenderweise nahezu 300 % des Eigenkapitals. Auch die Deutsche Bank weiß letztlich nicht, welche Risiken darin stecken, selbst wenn Herr Ackermann noch so sehr zum Ausdruck bringt, die Bewertungen seien jetzt realitätsgerecht.

Sehr unterschiedliche Risiken bergen ferner die verschiedenen Assetklassen, die die kunstvollen Namen ABS, MBS (Untergruppen CMBS und RMBS) tragen, Vermögenspositionen, deren wirtschaftliche und rechtliche Konstruktion zu erklären eine Hauptversammlung vollends überfordern würde. Mit ihnen sind jedenfalls schwerwiegende Risiken verbunden, vor allem wenn aus ihnen auch noch weiter strukturierte Papiere im Vermögensbestand der Bank sind. Das gilt nicht nur für das eigene Portfolio der Bank, sondern auch für die zur Finanzierung solcher Vermögensanlagen gewährten Kredite. Man wüsste auch gern, wie die Gruppe der Deutschen Bank in die Versicherungen für faule Kredite verstrickt ist (die sog. CDS). Aber so weit geht das Aufklärungsinteresse des Aktionariats nicht.

Nachdem Irrelevantes und Relevantes, am Ende vor allem Redundantes, mit kurzen Fragebeiträgen und langen Antworten abgehandelt worden ist, kommt bei spärlichster Kulisse die Beschlussfassungsphase, bei der alles beschlossen wird, was die Bank mit ihrer depotgesicherten Mehrheit von langer Hand vorbereitet hat, vor allem die Entlastung der Führung von jeder Schuld. Der Tag der Demokratie ist für die Verbliebenen lang geworden. Der große Lümmel Volk hat leider nicht gesprochen, sondern viel zu sehr waren es nur die kleinen Lümmel, die mit ihrem Wertpapier banalen Geltungsbedarf befriedigen konnten. Sage keiner, dass das Bankkapital nichts für die geistige Integration derjenigen tut, die für eine solche Hauptversammlung Zeit haben. Die öffentliche Debatte, die draußen von Berlin bis Reykjavik, New York und Peking über die größte Krise seit 1929 geführt wird, ist nur mit kleinen Ausläuferwellen in die Festhalle hineingeschwappt.

Am Ausgang gibt es noch einen freundlichen Grüßonkel, der jedem zunickt, der die Halle verlässt. Die meisten ahnen schon, dass bei der zu erwartenden Rezession und den großen Insolvenzdrohungen für die Realwirtschaft auch Ackermanns 25 %-Projekt einem grundlegenden gedanklichen Defizit entspricht. Die Profite dafür wird man wegen der weltwirtschaftlichen Verflechtung auch nicht aus den Schwellenländern holen können. Es gibt auch wohl keinen, der nicht Furcht davor hat, dass in den Bankbilanzen leere Schalen stecken. Es ist doch so menschlich, schon gar für jeden wirklichen oder eingebildeten Kapitalisten, Optimist zu bleiben. Die Botschaft des Systems heißt, was für ein Menschengesicht auch immer Logo des Vorstands ist: Es bleibt beim bisherigen Wirtschaften, solange nichts verboten wird. Und dafür ist die Bank schließlich nicht zuständig, wenn die anderen noch vor ihr fallieren würden